

Treasury Blickpunkt

LBBW Research | Unternehmenskunden

Mittelstandsradar 2025: Investitionen im Fokus

In aller Kürze:

- Deutschland hat erneut ein Jahr ohne Wirtschaftswachstum vor sich.
- Hiesige Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück, weil sie unter zu ausgreifender Bürokratie, Regulierungen, einer schwachen Nachfrage sowie Planungsunsicherheiten leiden.
- Der Wirtschaftsstandort braucht dringend strukturelle Reformen und Investitionen.

Andreas da Graça

Research für Unternehmenskunden
andreas.dagraca@LBBW.de

LBBWResearch@LBBW.de

[LBBW Research auf LBBW.de](#)

Einleitung

Der LBBW Mittelstandsradar erscheint einmal im Jahr. Er analysiert die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Stimmung im Mittelstand sowie Finanzierungsaspekte und präsentiert sie über eigens entwickelte Scorings übersichtlich. Zudem vertiefen wir mit dem Radar jedes Jahr ein Sonderthema. Die Studie umfasst ausgewählte Ergebnisse aus der Unternehmensbefragung in Hinblick auf ein Thema, das die Unternehmen im jeweiligen Jahr umtreibt. In den vergangenen Ausgaben kreisten die Schwerpunkte um die Themen Exporte, Digitalisierung, Resilienz, Nachhaltigkeit, Globalisierung und Fachkräftemangel. Dieses Jahr fokussiert sich der Mittelstandsradar auf die Investitionsaktivitäten im Mittelstand. Dazu haben wir 225 Unternehmen aus dem deutschen Mittelstand befragt, inwieweit sie aktuell investieren oder das vorhaben. Die Umfrageergebnisse stellen eine Momentaufnahme dar und sollen die Standpunkte derjenigen Unternehmen aufzeigen, die sich im Kundenkreis der LBBW befinden. Wie steht es um die Investitionsneigungen, -hemmnisse und -entscheidungen der befragten Unternehmen? In welche Richtung entwickelt sich die Wirtschaft in den kommenden Monaten? Antworten finden Sie im vorliegenden Mittelstandsradar 2025.

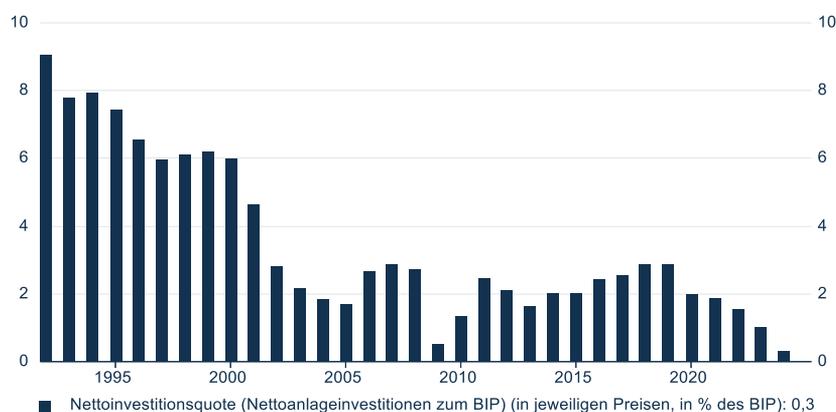
Das LBBW Research wünscht Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Fokus auf die
Investitions-
aktivitäten im
Mittelstand

Deutschland am Scheideweg

Um den Wirtschaftsstandort Deutschland steht es nicht zum Besten. Die entscheidenden Rahmenbedingungen sind nicht mehr so wettbewerbsfähig, wie sie es einmal waren. Die Krisen im laufenden Jahrhundert – Weltfinanzkrise, Coronapandemie und Energiekrise – haben die Resilienz und Anpassungsfähigkeit der hiesigen Wirtschaft bewiesen. Doch nun belasten strukturelle Probleme zunehmend das Vertrauen der Unternehmen in den Standort. Das zeigt sich vor allem bei den Investitionen. Die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland hat in Teilen begonnen und gibt Anlass zu berechtigter Sorge im Inland. Vor allem Großunternehmen aus energieintensiven Branchen könnten planen, angesichts hoher Energiekosten und regulatorischer Hürden abzuwandern. Das hätte nachgelagerte Effekte auf den deutschen Mittelstand. Insbesondere der Verlust von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe und geringere Einkommen der Arbeitnehmer dürfte sich negativ auf Branchen auswirken, die vom Konsum abhängig sind. Unterm Strich stünden Wohlstandsverluste. Dabei ist eine Investitionsschwäche in Deutschland bereits seit dem Beginn der Coronapandemie zu beobachten. Darauf deutet der Verlauf der sogenannten Nettoinvestitionsquote hin – also dem Quotienten aus den Nettoanlageinvestitionen und dem Bruttoinlandsprodukt. Sie verdeutlicht, ob der Saldo aus Neuinvestitionen und Abschreibungen den Kapitalstock erhöht oder vermindert hat. Damit gibt sie an, welchen Anteil ihrer Wirtschaftsleistung eine Volkswirtschaft zur Erweiterung ihres Kapitalstocks eingesetzt hat. Die gesamtdeutsche Nettoinvestitionsquote lag 2019 noch bei rund 3 %. Eine Investitionsschwäche war bis dahin nicht zu konstatieren. Seither fiel sie jedoch auf nur noch 0,3 %.

Abb. 1: Entwicklung der Nettoinvestitionsquote in Deutschland
in jeweiligen Preisen, in % des BIP



Quellen: LSEG, Destatis, LBBW Research

Zur Investitionsschwäche hinzu kommt nun auch fehlende Planungssicherheit. Viele Unternehmen verschieben wegen des Hin und Her bei den US-Zöllen und der daraus resultierenden Sorge vor einer Eskalation Investitionsentscheidungen. Ein ausufernder Handelskonflikt könnte die Investitionen der deutschen Unternehmen weiter schwächen. Mit einer größeren Abwanderung in die USA durch die Zollpolitik ist jedoch nicht zu rechnen. Denn es bedarf für eine auf Jahrzehnte ausgerichtete Standortentscheidung mehr als nur der Berücksichtigung der aktuellen Zollpolitik. Sofern allerdings Strukturreformen und Investitionen in den Standort Deutschland ausbleiben, dürften weitere Produktionsverlagerungen gen Westen oder Osten folgen. Insofern steht in den kommenden Jahren die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu Recht im Mittelpunkt politischen Handelns.

Deutschland
steht vor großen
Herausforderungen

Investitions-
schwäche seit
Corona

Die guten Jahre
sind vorbei

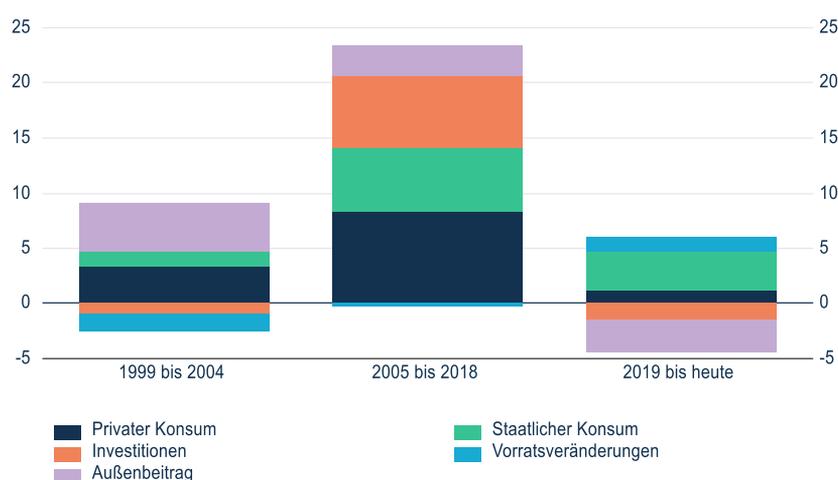
Unsicherheit
erschwert
Investitions-
entscheidungen

Drittes Rezessionsjahr in Folge

Im laufenden Jahr dürfte die Weltwirtschaft um 2,4 % wachsen – so unsere aktuelle Prognose. Treiber des Wachstums sind Indien und China. Am unteren Ende der Tabelle verharren Deutschland und Europa: Für den Euroraum erwarten wir kein Wachstum (0 %). Für Deutschland sehen wir 2025 mit einer Schrumpfung von 0,5 % das dritte Rezessionsjahr in Folge. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte bereits im Jahr 2024 um 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr (preis- und kalenderbereinigt). 2023 war die Wirtschaftsleistung in Deutschland um 0,1 % zurückgegangen. Grund für die Wachstumsschwäche sind vor allem die Standortbedingungen, die die Industrie ausbremsen, der schwache Konsum infolge der vielfältigen Unsicherheiten und der zunehmende Protektionismus. So dürften die zu erwartenden Strafzölle der USA auf Importe aus Europa den Exporteuropameister Deutschland spürbar treffen und das Wirtschaftswachstum bremsen. Immerhin gingen in den vergangenen zwei Jahren jeweils rund 10 % der deutschen Ausfuhren in die Vereinigten Staaten. Schlüsselindustrien wie die Automobilproduktion, der Maschinenbau sowie die Chemie- und Pharmaindustrie müssen mit deutlichen Umsatzeinbußen rechnen.

Dabei scheint Deutschlands Wachstumsmodell bereits seit mehreren Jahren angeschlagen zu sein, wie ein Blick auf die Wachstumsbeiträge zum deutschen BIP zeigt. Betrachtet man drei nahezu willkürlich gewählte Phasen seit der Einführung des Euro, war der private Konsum in den ersten beiden Phasen ein relativ verlässlicher Wachstumstreiber. Am aktuellen Rand trägt der Konsum nicht viel bei. Die privaten Haushalte hatten allerdings auch den doppelten Schock aus Corona-Lockdowns und sprunghaft steigenden Lebenshaltungskosten zu tragen. Auffällig ist vor allem, dass die Nettoexporte seit 2019 negativ sind. Gleichzeitig brachen die Investitionen als Folge der hohen Rohstoff- und Energiepreise sowie Zinsen deutlich ein. Lediglich der staatliche Konsum, Vorratsveränderungen und in geringem Umfang der private Konsum unterstützten das Wachstum seit 2019 noch (siehe Abb. 2).

Abb. 2: Kumulierte Wachstumsbeiträge der Sektoren zum BIP in %-Punkten, über verschiedene Zeiträume



Quellen: LSEG, Destatis, LBBW Research

Nun markiert das Mitte März beschlossene Rüstungs- und Infrastrukturpaket das Ende einer jahrzehntelangen Haushaltsdisziplin. Der Wechsel zu einer expansiven Fiskalpolitik könnte die größte Volkswirtschaft Europas nach Jahren der Kontraktion aufgrund struktureller Probleme, wie hohen Energiekosten und einer überbordenden Bürokratie, zumindest perspektivisch zu moderat positiven BIP-Wachstumsraten zurückführen.

Nachhaltige Wachstumsschwäche

Wachstumsmodell funktioniert nicht mehr

Fiskalpolitische Zeitenwende als Neuanfang

Die Pläne setzen über die nächste Dekade erhebliche Mittel in Bewegung. Da Planungs- und Entscheidungsprozesse nicht von heute auf morgen umzusetzen sind, dürften die Folgen für das Wirtschaftswachstum aber zumindest in diesem Jahr noch überschaubar bleiben. Die Wirkung ist vor allem für 2026 und die Folgejahre zu erwarten, wie in unseren Planungsprämissen zu sehen ist (siehe Abb. 3). Viele Unternehmen dürften sich vor dem Hintergrund der bisherigen Planungsunsicherheit mit Investitionen zurückgehalten haben. Entscheidend wird nun sein, den Aufwand für Bürokratie und Regulierung zu reduzieren, sowie Arbeits- und Energiekosten zu senken. Diese Punkte adressiert der Koalitionsvertrag der neuen Regierung.

Abb. 3: Volkswirtschaftliche Planungsprämissen

	2025	2026	2027	2028	2029	Jahresultimo:	2025	2026	2027	2028	2029
BIP (in %)											
Devisen											
Baden Württemberg	-1,0	1,1	1,0	1,0	1,0	EURUSD	1,05	1,12	1,15	1,15	1,15
Deutschland	-0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	EURGBP	0,81	0,80	0,79	0,78	0,78
Eurozone	0,0	1,0	1,1	1,1	1,1	EURCHF	0,98	0,99	1,00	1,01	1,02
USA	1,0	1,0	1,9	1,9	2,0	EURJPY	163	168	173	173	173
Großbritannien	0,9	1,2	1,4	1,4	1,4	USDCNY	7,75	7,55	7,45	7,35	7,30
Arbeitslosenquote											
Zinsen											
Zinskurven (EUR)											
Deutschland	3,6	3,4	3,3	3,1	3,0	EZB Hauptrefisatz	1,90	1,90	2,65	2,65	2,65
Eurozone	6,3	6,2	6,2	6,2	6,1	EZB Einlagesatz	1,75	1,75	2,50	2,50	2,50
USA	4,3	4,3	4,1	4,1	4,1	3M Euribor	1,75	1,85	2,55	2,60	2,60
Großbritannien	4,4	4,5	4,6	4,6	4,6	6M Euribor	1,80	1,95	2,60	2,65	2,65
						12M Euribor	1,85	2,05	2,70	2,75	2,75
						2J Swap	1,90	2,15	2,70	2,70	2,70
						5J Swap	2,20	2,55	2,95	2,95	2,95
						10J Swap	2,60	3,00	3,20	3,20	3,20
Inflation (in %)											
Zinskurven (USD)											
Deutschland	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	3M Swap	4,25	3,50	3,10	3,15	3,15
Eurozone	1,9	2,0	2,2	2,2	2,2	6M Swap	4,15	3,40	3,10	3,20	3,20
USA	4,5	3,0	2,4	2,3	2,2	12M Swap	4,00	3,30	3,15	3,25	3,25
Großbritannien	2,7	2,4	2,0	2,0	2,0	2J Swap	3,60	3,30	3,25	3,30	3,30
						5J Swap	3,70	3,50	3,50	3,55	3,55
						10J Swap	3,95	3,75	3,80	3,85	3,85
Exporte											
Zinskurven (GBP)											
Baden Württemberg	-2,5	0,0	1,8	1,8	1,8	3M Swap	3,65	2,90	2,95	2,95	2,95
Deutschland	-2,0	0,0	1,8	1,8	1,8	6M Swap	3,60	2,90	2,95	2,95	2,95
						12M Swap	3,50	2,90	3,00	3,00	3,00
						2J Swap	3,45	2,95	3,05	3,05	3,05
						5J Swap	3,70	3,30	3,30	3,40	3,40
						10J Swap	4,00	3,75	3,80	3,85	3,85
Zinskurven (CHF)											
						3M Swap	0,20	0,20	0,45	0,45	0,45
						6M Swap	0,20	0,20	0,50	0,50	0,50
						12M Swap	0,20	0,25	0,55	0,55	0,55
						2J Swap	0,25	0,35	0,60	0,60	0,60
						5J Swap	0,45	0,60	0,75	0,75	0,75
						10J Swap	0,70	0,90	0,90	0,90	0,90
Zinskurven (Bund)											
						2J	1,80	2,05	2,50	2,45	2,45
						5J	2,25	2,60	2,90	2,85	2,85
						10J	2,80	3,20	3,30	3,20	3,20
Zinskurven (UST)											
						2J	3,80	3,50	3,45	3,50	3,50
						5J	4,05	3,90	3,90	3,95	3,95
						10J	4,60	4,25	4,30	4,30	4,30

Stand: 11.04.2025

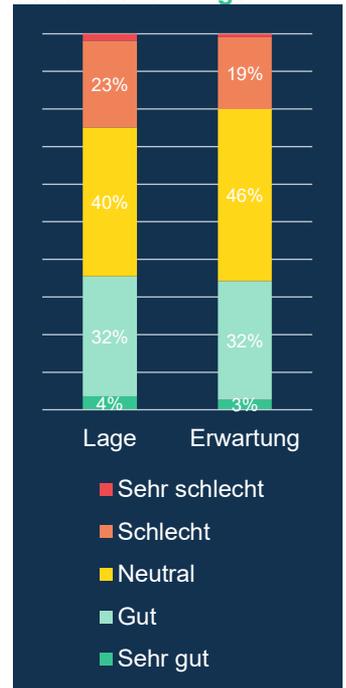
Quellen: LSEG, LBBW Research

Noch keine nachhaltige Trendwende

Die bisher zähe Konjunktorentwicklung in Deutschland ist auch im deutschen Mittelstand zu spüren. So stuft rund ein Viertel der 225 durch das LBBW Research im März 2025 befragten Unternehmen die Geschäftslage für den eigenen Betrieb als schlecht oder sehr schlecht ein. Im Vorjahr waren es nur 21 % der befragten Firmen. Genauso viele Unternehmen wie im vergangenen Jahr (40 %) halten ihre aktuelle Lage für neutral. Nur noch gut jedes dritte Unternehmen (36 %) berichtet von einer guten oder sehr guten Stimmung. Auch ihre Geschäftsaussichten beurteilen die Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr pessimistischer. In Summe sprechen aktuell nur rund 35 % (Vorjahr: 39 %) der Mittelständler von guten oder sehr guten Aussichten für die kommenden sechs Monate. Fast die Hälfte der Firmen sieht die Zukunft neutral. Jedes fünfte Unternehmen geht sogar von schlechten oder sehr schlechten Entwicklungen aus. Dabei dürften die milliardenschweren Investitionspläne der neuen Regierung eine Rolle gespielt haben, da unsere Unternehmensbefragung in den Zeitraum der Entscheidung darüber fiel (10. bis 21. März 2025). Damit bleiben die Erwartungen von starker Skepsis geprägt, besonders angesichts des anhaltenden Nachfragerückgangs. Zudem belasten die politischen Rahmenbedingungen die KMU. Ähnliches zeigt das ifo-Geschäftsklima. Das Konjunkturbarometer, das die Stimmung in den Chefetagen der Unternehmen einfängt, bleibt weiterhin auf einem langfristig niedrigen Niveau, und von einem Umschwung ist nicht viel zu sehen. Die Unternehmen dürften zuvorderst auf begleitende Strukturreformen warten, bevor es zu einer deutlichen Stimmungsaufhellung kommen könnte.

In Anbetracht einer hartnäckigen Wachstumsschwäche haben die Unternehmen für die kommenden sechs Monate klar ihre Prioritäten gesetzt. Der Hauptfokus liegt eindeutig auf der Verbesserung der Kostenstruktur (siehe Abb. 4). Dahinter rangieren für die Entscheider die Material- und Energieeffizienz sowie die Erweiterung des Produkt-/Dienstleistungsportfolios. Nur wenige Unternehmen möchten ihre Personalressourcen oder Produktionskapazitäten im Inland oder Ausland erweitern, M&A durchführen sowie Geschäftstätigkeiten outsourcen.

Die Erwartungen ähneln der aktuellen Lage



Quelle: LBBW Research

Unternehmensprioritäten und Investitionspläne sind klar

Abb. 4: Unternehmensprioritäten zeigen klaren Fokus auf Verbesserung der Kostenstruktur

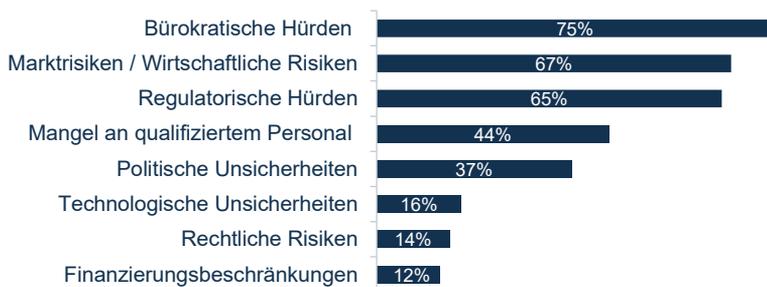


Prozentualer Anteil der Nennungen auf die Frage: Welche Maßnahmen haben in den kommenden sechs Monaten in Ihrem Unternehmen Priorität? (Mehrfachnennungen möglich)
Quelle: LBBW Research

Wie besorgniserregend die Lage ist, zeigt sich vor allem bei den **Investitionsplänen**: Ein Großteil der Unternehmer befürchtet, dass sich Investitionen in ihr Unternehmen nicht in absehbarer Zeit rechnen werden. Nur 25 % der Unternehmen im produzierenden Gewerbe und 16 % der Firmen im Dienstleistungsbereich möchten Erweiterungsinvestitionen tätigen. 48 % beziehungsweise 21 % fassen hingegen nur Ersatzinvestitionen ins Auge. Gleichzeitig lassen die Unternehmen bei ihren Investitionsplänen Vorsicht walten. Insgesamt wollen 11 % der Unternehmen gar keine Investitionen tätigen, nicht einmal Rationalisierungsmaßnahmen. In den kommenden 12 Monaten planen lediglich 22 % der befragten Unternehmen, das **Investitionsbudget** zu erhöhen. Rund 15 % möchten ihre Investitionen senken, 60 % wollen sie unverändert lassen. Diejenigen Unternehmen, die ihre Investitionen senken oder unverändert lassen, würden ihre Investitionen erhöhen, sofern generelles Wirtschaftswachstum sichtbar wird (73 %) und die Kundennachfrage anzieht (83 %). Bessere Finanzierungsbedingungen und steuerliche Anreize würden jeweils 19 % und 29 % der Firmen veranlassen, mehr zu investieren. Zur Entlastung von Unternehmen will die neue Regierung zuerst steuerliche Abschreibungsregeln anpassen. Für 2025, 2026 und 2027 soll auf Ausrüstungsinvestitionen eine degressive Abschreibung von 30 % gelten. Danach soll ab 2028 die Körperschaftsteuer schrittweise sinken. Gefragt nach den **Investitionshemmnissen** nannten diejenigen Firmen, die keine Investitionen planen (11 %), als Hauptgründe dafür konjunkturell bedingte Absatzprobleme sowie das Vorhandensein noch ausreichender Kapazitäten (jeweils 54 %). Den zweiten Platz teilen sich lange Verwaltungsverfahren sowie die Bürokratie und die Unberechenbarkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik (jeweils 29 % der Befragten). In den Medien beklagen Unternehmen immer wieder, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland seit längerem nicht mehr im Mittelpunkt des politischen Handelns stehe. Statt Entlastungen für Unternehmen sowie Planungssicherheit und Berechenbarkeit gebe es überbordende Bürokratie, immer mehr Regularien und immer mehr Berichtspflichten, argumentieren sie. So liegt nicht unerwartet das Thema Regularik und Regulierungen auf dem dritten Platz, wenn es um die Investitionszurückhaltung geht. Weil die Gesamtlage relativ unklar ist, zögert die Wirtschaft in Summe mit nötigen Investitionen. Im Rahmen des diesjährigen Mittelstandsradars wollten wir in Erfahrung bringen, welche **Belastungsfaktoren** hauptsächlich die generellen Investitionsaktivitäten der Unternehmen einschränken (siehe Abb. 5). Und auch hier zeigt sich – neben wirtschaftlichen Risiken und Marktrisiken (67 %) – das gleiche Bild: Ein Großteil der vom LBBW Research im März 2025 befragten Unternehmen stuft den hohen bürokratischen Aufwand als Hauptbelastungsfaktor für künftige Investitionen am Wirtschaftsstandort Deutschland ein (75 %). Ein weiterer Hemmschuh sind die hohen regulatorischen Anforderungen. An dritter Stelle steht der Mangel an qualifizierten Arbeits- und Fachkräften (44 %).

Bürokratie und administrative Überregulierung sind Hindernisse

Abb. 5: Die größten Hemmschuhe für Investitionen



Prozentualer Anteil der Nennungen auf die Frage: Welche primären Herausforderungen sieht Ihr Unternehmen bei zukünftigen Investitionen am Wirtschaftsstandort Deutschland? (Mehrfachnennungen möglich)
Quelle: LBBW Research

Die neue Regierung will diese Belastungsfaktoren adressieren. Die Devise für den Koalitionsvertrag lautet „reformieren, entbürokratisieren und investieren“, um nicht zuletzt die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken – unter anderem mit einem Investitionsschub. So plant die schwarz-rote Koalition ein Sofortprogramm für den Bürokratierückbau. Sie will Betriebsbeauftragte und das deutsche Lieferkettengesetz abschaffen und Dokumentationspflichten reduzieren. Stattdessen will sie die EU-Lieferkettenrichtlinie mit wenig Bürokratie umsetzen. Darüber hinaus möchte die Regierung in Hinblick auf den Bürokratie-Abbau den Personalbestand in der Bundesverwaltung bis zum Jahr 2029 um mindestens 8 % sowie das ausgeuferte Beauftragtenwesen des Bundes um rund 50 % reduzieren. In Summe sollen die Melde- und Berichtspflichten für die Wirtschaft um 25 % sinken (rund 16 Mrd. EUR) und der weitere Bürokratieaufwand für Unternehmen, Bürger und Verwaltung um mindestens 10 Mrd. EUR zurückgehen. Weitere Gesetze, die ihren Zweck nicht oder nicht mehr erfüllen, sollen wegfallen.

Schwierige Rahmenbedingungen

Neben den bekannten Kostenproblemen verhindern die komplexen Vergabe- und Genehmigungsrichtlinien notwendige Investitionen. Um Abhilfe zu schaffen, müsste die neue Regierung die Verwaltung umfassend reformieren und Prozesse verschlanken. Ansonsten müsste die deutsche Wirtschaft weithin befürchten, dass in den kommenden Jahren eine zunehmende Abwanderung der Unternehmen ins Ausland stattfindet. In Teilen hat die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland schon begonnen. Unter den befragten Unternehmen spielen die ausländischen Produktions- und Absatzmärkte in der **Investitionsstrategie** schon jetzt eine große oder sehr große Rolle (41 %). Für jeweils weitere 20 % spielen sie bis dato nur eine mittlere oder geringe Rolle bei anstehenden Investitionsentscheidungen.

Von 15 abgefragten Merkmalen in Hinblick auf den Wirtschaftsstandort Deutschland messen 74 % bis 80 % der Unternehmen der Bürokratie, der Regulatorik sowie den Arbeitskosten einen hohen oder sehr hohen **Stellenwert bei Investitionsentscheidungen** zu (siehe positive Scoring-Werte in Abb. 6). Kurz nach der vorgezogenen Bundestagswahl zeigt sich auch, dass die politische Stabilität und die politischen Institutionen von 72 % der Unternehmen als wichtig für Investitionen am hiesigen Standort erachtet werden. Die Verkehrsinfrastruktur und Bildung sowie der Finanzierungszugang und die Rechtssicherheit stellen – neben der politischen Stabilität – vier weitere Standortmerkmale dar, die als Hygienefaktoren angesehen werden können. Sie besitzen einen mittleren Stellenwert für Investitionsentscheidungen. Da Digitalisierung, Fachkräfte sowie Wirtschaftspolitik ebenfalls auf der Prioritätenliste stehen, zeigt sich insgesamt die Notwendigkeit verlässlicher und klarer Rahmenbedingungen. Erst wenn die derzeitigen Unsicherheiten ausgeräumt sind, weil eine stabile neue Regierung klare Pläne kommuniziert, dürften Unternehmen wieder größere Investitionen und Anschaffungen tätigen – sofern gleichzeitig die konjunkturelle Nachfrage wieder anzieht.

Im **internationalen Vergleich der Investitionsbedingungen** zeigt sich, dass Deutschland bei den oben erwähnten fünf Hygienefaktoren die besseren Voraussetzungen für Unternehmen bietet. Die Unternehmen bewerten sie leicht besser als nur neutral (siehe positive Scoring-Werte in Abb. 6).

Gleichzeitig werden aber auch die Schattenseiten deutlich, wie die negativen Scoring-Werte zeigen. Die Arbeitskosten sehen 83 % der Unternehmen als eine Schwäche des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Kritikpunkte sind die Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften sowie die mangelnde Konstanz der Wirtschaftspolitik. Diese Bedingungen bewerten jeweils 42 % und 44 % der Firmen als eher negativ im Vergleich zu

Neue Regierung
erkennt die
Handlungs-
notwendigkeit

Eine Reform
der Verwaltung
tut not

Hoffen auf klare
Rahmen-
bedingungen

Festzementierte
Defizite bei
Investitions-
bedingungen

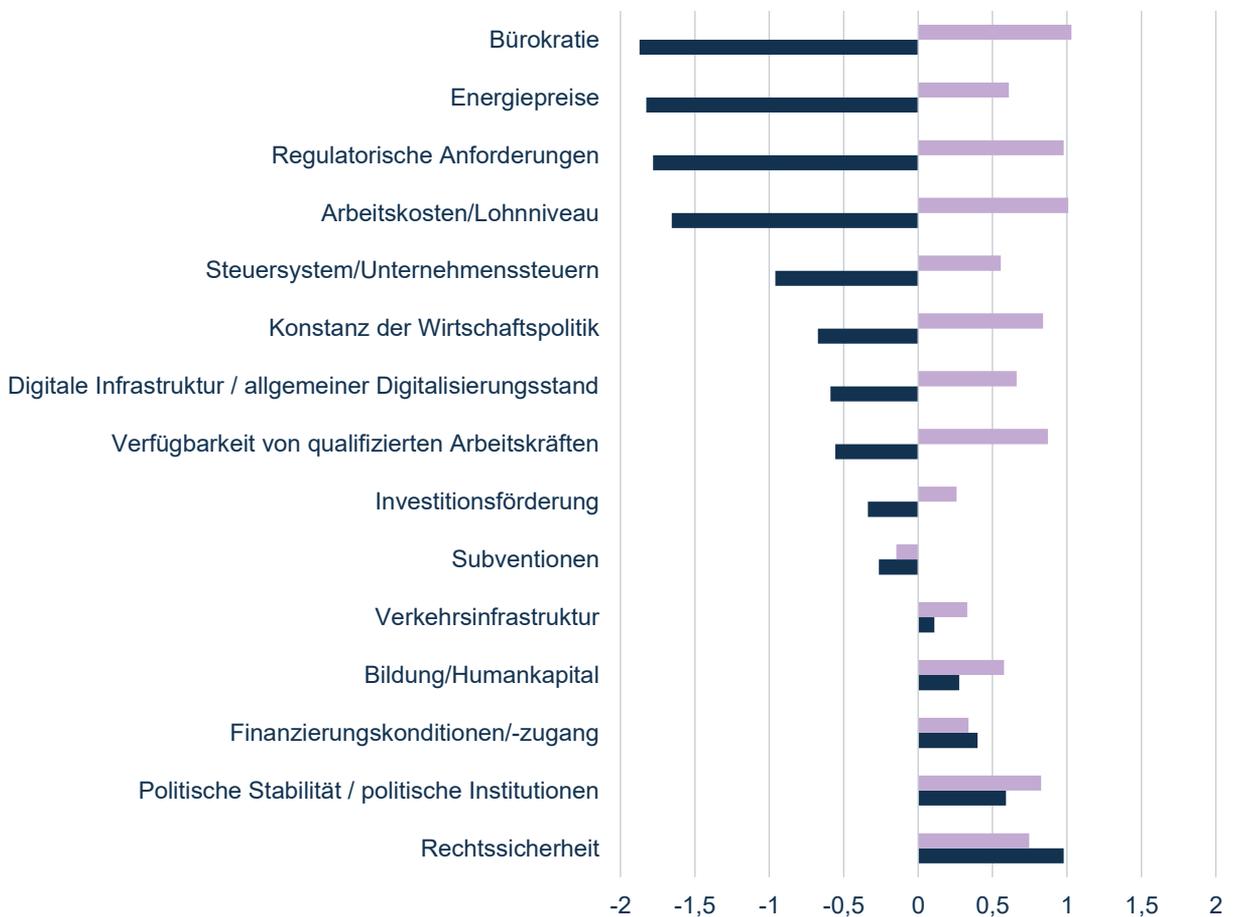
internationalen Standorten. Gleiches gilt für das Steuersystem und die Unternehmenssteuern, die rund die Hälfte (52 %) als nachteilig beurteilt. Besorgniserregende Werte erzielen gleich drei bekannte Merkmale. Die Bürokratie (94 %), die Energiepreise (91 %) sowie die Regulierung (89 %) kassieren im internationalen Vergleich mehrheitlich schlechte Noten. Sie unterstreichen eindeutig die Schwächen des hiesigen Wirtschaftsstandortes für mögliche Investitionen.

Dabei leiden insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) – das Herz der deutschen Wirtschaft – unter überbordender Bürokratie und Regulierungen. Eine Analyse der Bürokratiekosten durch das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn zeigte jüngst, dass bürokratische Pflichten vor allem kleine Unternehmen im industriellen Mittelstand erheblich belasten. Die Regelungen auf EU-, Bundes-, Landes- und Kommunalebene können bei KMU mitunter Kosten in Höhe von rund 5 % des jährlichen Umsatzes verursachen.

Bürokratiekosten belasten KMU besonders stark

Abb. 6: Mittelstand klagt über große Defizite durch Regulatorik, Bürokratie und Kosten

- Scoring: Stellenwert der Standortfaktoren in Deutschland für Investitionsentscheidungen
- Scoring: Investitionsbedingungen am Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich



Berechnung: Scoring als gewichteter Durchschnitt der Beurteilungen bezüglich...

- Stellenwert der Standortfaktoren ...
- Investitionsbedingungen im internat. Vergleich...

Prozentualer Anteil der Nennungen auf die Fragen:

Wert „-2“ für „keine Bedeutung“ oder „eher negativ“
Wert „0“ für „mittel“ oder „neutral“
Wert „+2“ für „sehr hoch“ oder „eher positiv“

Wie beurteilt Ihr Unternehmen generell den Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich bezüglich folgender Investitionsbedingungen?
 Wie schätzen Sie den Stellenwert der folgenden Standortfaktoren für Ihre Investitionsentscheidungen in Deutschland ein?

Quelle: LBBW Research

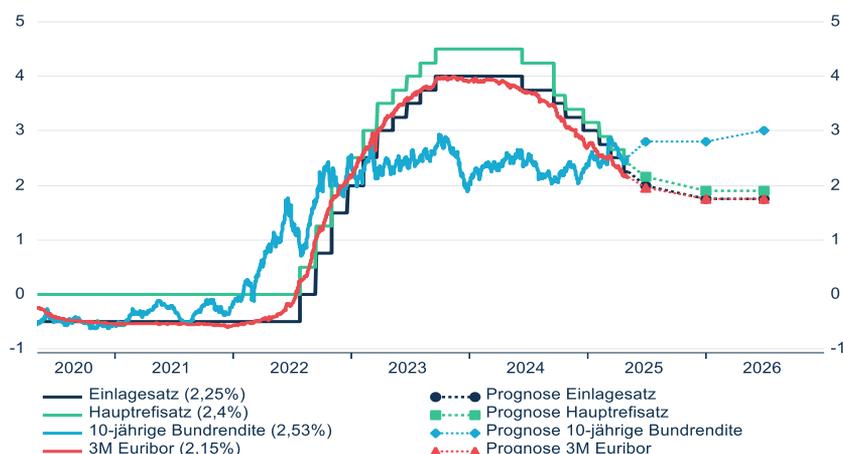
Zinsniveau als Belastungsfaktor

Gegenwind für Investitionen kam bisher auch vom hohen Zinsniveau. In der Vergangenheit dämpften unerwartete geldpolitische Maßnahmen die Investitionen nichtfinanzieller Unternehmen in Deutschland deutlich. So senkte in der Vergangenheit eine unerwartete Zinserhöhung um 100 Basispunkte die Investitionsquote der deutschen Unternehmen innerhalb von zwei Jahren um 0,6 Prozentpunkte, wobei die Wirkung bereits im Jahr der Zinsänderung eintrat und sich in den Folgejahren verstärkte. Erst nach vier Jahren ließ sie allmählich nach, wie die Deutsche Bundesbank analysiert hat. Demnach könnten die Zinserhöhungen zwischen Juli 2022 und Ende 2023 um insgesamt 400 Basispunkte die Investitionsquote im Unternehmenssektor um bis zu 2,4 Prozentpunkte gemindert haben. Das gilt zwar unter der Annahme, dass diese Zinserhöhungen vollständig unerwartet waren – was nicht der Fall gewesen sein dürfte. Dennoch illustrieren die Schätzergebnisse, dass die geldpolitische Straffung die Investitionen des deutschen Unternehmenssektors erheblich gedämpft haben dürfte. Nach vorne blickend gibt es jedoch eine asymmetrische Wirkung, denn Zinserhöhungen wirken betragsmäßig stärker als Zinssenkungen auf die Investitionsquote – sofern man sie getrennt voneinander betrachtet. Eine unerwartete Zinserhöhung um beispielsweise 100 Basispunkte senkte die Investitionsquote deutscher Unternehmen nach einem Jahr um durchschnittlich etwa 1,3 Prozentpunkte. Im Gegensatz dazu ließ eine Zinssenkung gleicher Größe die Investitionsquote nur kurzfristig um 0,7 Prozentpunkte steigen.

Seit Juni 2024 hat die EZB im Zuge eines nachlassenden Inflationsdrucks sieben Mal die Zinsen reduziert. Der Einlagesatz sank von 4 % auf nunmehr 2,25 %. Einhergehend mit den niedrigeren Zinsen stieg im gleichen Zeitraum im Euroraum die Nachfrage von Unternehmen nach Krediten. Banken in der 20-Länder-Gemeinschaft reichten in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres jeweils 2 % mehr Darlehen an Firmen aus als in den jeweiligen Vorjahresmonaten. Das Kreditwachstum in Deutschland bewegt sich hingegen seit April 2024 unter der Ein-Prozent-Marke. Zusätzlich verschärfen deutsche Banken ihre Kreditvergaberichtlinien und -bedingungen, wie die jüngste EZB Bank Lending Survey vom April 2025 zeigt.

In Anbetracht einer nachlassenden Inflation und der Gefährdung wirtschaftlicher Aktivitäten durch die US-Zölle sprechen sich bereits einige EZB-Vertreter für eine lockerere Geldpolitik und eine erneute Zinssenkung aus. Das LBBW Research rechnet in diesem Jahr mit zwei weiteren Senkungsschritten um je 25 Basispunkte bis Ende des Jahres.

Abb. 7: Zinsprognosen LBBW Research



Quellen: LSEG, LBBW Research

Schwaches
Kreditwachstum
in Deutschland

Konjunkturelles
Abwärtsrisiko
öffnet Türen für
Zinssenkung

Klare Investitionsschwerpunkte

Die meisten Unternehmen (68 %) verfolgen mit ihren aktuellen Investitionen vorrangig die wirtschaftlich sinnvollste Maßnahme, nämlich die Erhöhung der kurz- und langfristigen Rentabilität. Jedes zweite Unternehmen (51 %) möchte zudem Wettbewerbsvorteile durch gezielte Investitionen gewinnen (beispielsweise durch Verbesserung der Produktqualität, Preisführerschaft, Nischenfokus).

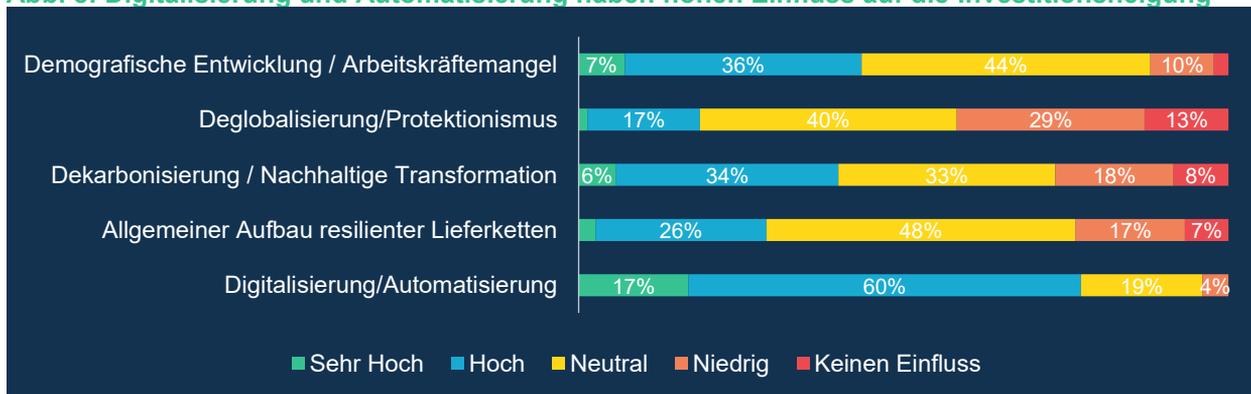
Wo die **Investitionsschwerpunkte** in Zukunft liegen, zeigt sich an den Megatrends. Bereits in den vergangenen Befragungsrunden nannten zahlreiche Unternehmen aus dem Mittelstand die Themen Digitalisierung und Erneuerung der IT-Infrastruktur als künftige Investitionsschwerpunkte (auf Sicht von 6 bis 12 Monaten). Die Unternehmen nutzen seit der Coronapandemie das Momentum für Investitionen in die Digitalisierung. Die Erneuerung der unternehmenseigenen IT-Infrastruktur (Soft- und Hardware) sowie die Digitalisierung von Produkten und Dienstleistungen bleibt bei gut jedem zweiten Unternehmen (jeweils 54 %) ganz oben auf der Investitionsagenda. Mit Investitionen in die Forschung und Entwicklung (35 %) rangiert ein weiteres Thema weit vorne, das entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Mittelstandes ist. Vor dem Hintergrund einer nachlassenden Kundennachfrage ist es nicht verwunderlich, dass auch Investitionen in „Marketing und Vertrieb“ in fast jedem vierten Unternehmen (22 %) an Bedeutung gewinnen.

Die generelle Investitionsneigung der Unternehmen orientiert sich vor allem an einem markanten **Megatrend**. Der Megatrend „Digitalisierung und Automatisierung“ hat bei insgesamt 77 % der Unternehmen einen hohen oder sehr hohen Einfluss auf Investitionen jeder Art. Wie bereits oben dargelegt, investieren Unternehmen zunehmend in digitale Technologien – unter anderem in künstliche Intelligenz, Big Data und Automatisierung – um ihre Effizienz zu steigern und wettbewerbsfähig zu bleiben. Der Megatrend „Demografische Entwicklung / Arbeitskräftemangel“ wirkt dabei verstärkend. Der Fachkräftemangel und die alternde Bevölkerung beeinflussen Investitionen in Technologien zur Produktivitätssteigerung sowie in Schulungsprogramme für Mitarbeiter. Zudem dürften auch einige Unternehmen auf Produkte und Dienstleistungen setzen, die auf ältere Zielgruppen zugeschnitten sind. Die Notwendigkeit, CO₂-Emissionen zu reduzieren, treibt Investitionen in erneuerbare Energien, energieeffiziente Technologien und nachhaltige Geschäftsmodelle an. Damit steht die nachhaltige Transformation als drittwichtigster Megatrend auf der Unternehmensagenda (siehe Abb. 8). Mit rund 40 Wortnennungen zur Digitalisierung kündigt sich im Koalitionsvertrag ebenfalls eine Digitalisierungsoffensive an – unter anderem mit einem Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung.

Investitionen
spiegeln die
Megatrends

Neue Regierung
als Treiber für die
Digitalisierung?

Abb. 8: Digitalisierung und Automatisierung haben hohen Einfluss auf die Investitionsneigung



Prozentualer Anteil der Nennungen auf die Frage: Wie beeinflussen die folgenden Megatrends die Investitionsneigung Ihres Unternehmens?
Quelle: LBBW Research

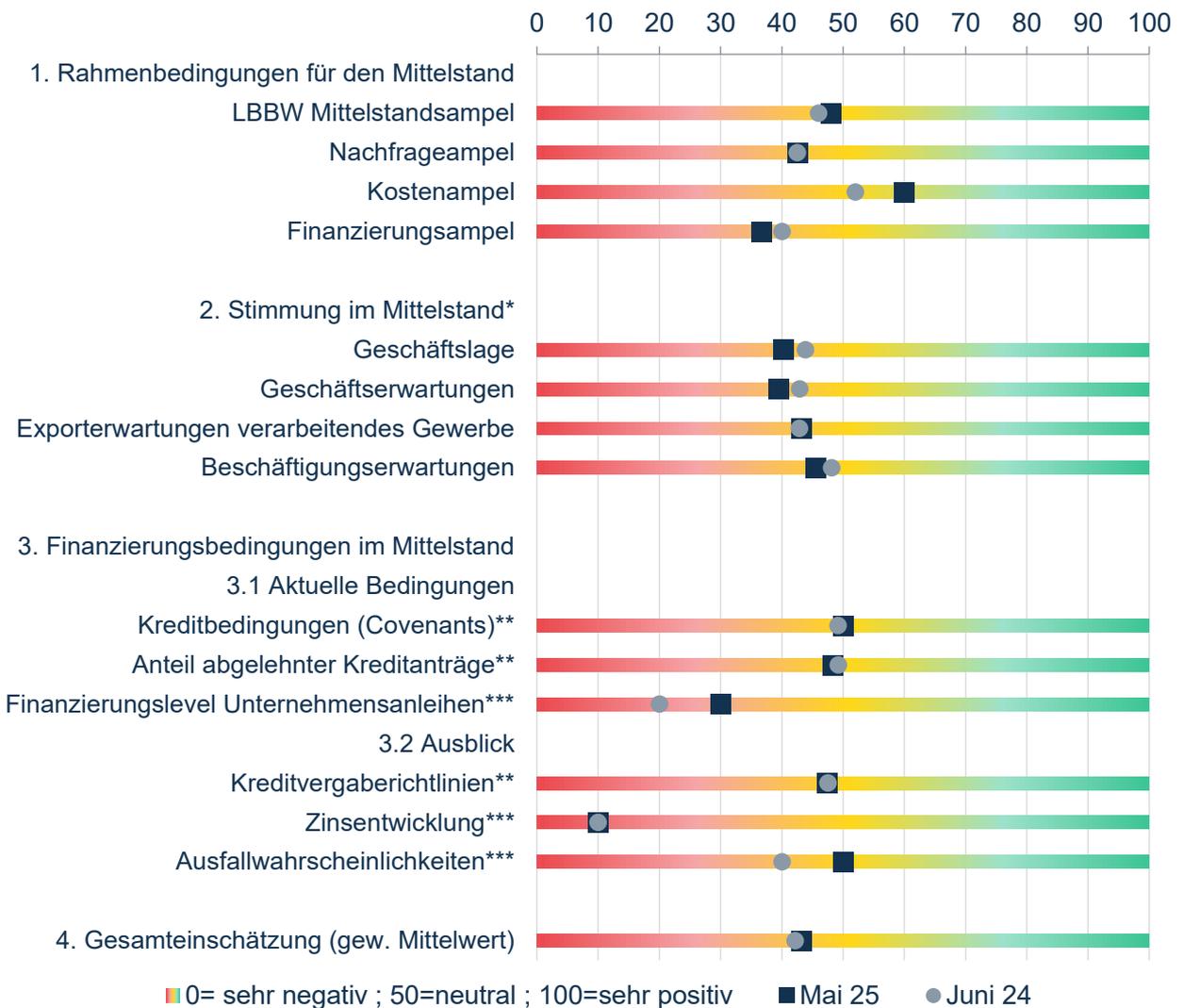
LBBW Mittelstandsradar in Kürze

Der diesjährige Mittelstandsradar befasst sich mit dem Themenschwerpunkt „Investitionsaktivitäten im Mittelstand“. Er beleuchtet die aktuelle Wirtschaftslage sowie die zukünftige Wirtschaftsentwicklung. Wir haben die geplanten Investitionsaktivitäten und -herausforderungen für den deutsche Mittelstand analysiert. Die Umfrageergebnisse unter den 225 befragten Unternehmenskunden der LBBW unterstreichen die dringende Notwendigkeit strategischer Reformen, um das Umfeld für Investitionen zu verbessern. Der Abbau bürokratischer Hindernisse, die Reduzierung regulatorischer Anforderungen sowie eine Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen sind wesentliche Voraussetzungen dafür, dass ein günstigeres Umfeld für Unternehmensinvestitionen am Standort Deutschland entsteht.

Abschließend fassen wir im LBBW Mittelstandsradar die aktuelle Situation in einem grafischen Überblick zusammen (siehe Abb. 9). In der Gesamteinschätzung – basierend auf 14 Subkomponenten – liegt die Lage im Mittelstand mit rund 43 Punkten noch im neutralen Bereich. Damit ist die Bewertung marginal besser als im Vorjahr (Juni 2024: 42 Punkte).

Zeit, dass sich was bewegt

Abb. 9: Gesamteinschätzung für den Mittelstand



Stand: 07.05.2025

Quellen: LBBW Research; eigene Berechnungen mit Daten von * KfW-ifo-Mittelstandsbarometer, ** ECB Bank Lending Survey; *** Marktdaten LSEG/Moody's/eigene Prognosen

Details zur Unternehmensbefragung

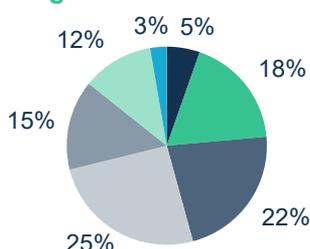
225

Unternehmen

Wir haben 225 mittelständische Unternehmen aus dem Kundenkreis der LBBW zu ihren aktuellen und geplanten Investitionsaktivitäten befragt.

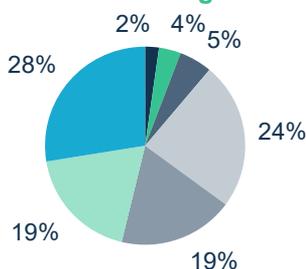
Die Ergebnisse der diesjährigen Impulsbefragung basieren auf den Antworten von insgesamt 225 Unternehmen. Das LBBW Research führte die Online-Umfrage im Zeitraum 10. bis 21. März 2025 durch. Die befragten Unternehmen stammen aus dem Kundenkreis der LBBW, der regionale Schwerpunkt liegt entsprechend auf dem Bundesland Baden-Württemberg. Weitere Details zur nicht repräsentativen Stichprobe zeigen die folgenden Grafiken.

Umsatzgrößenklasse



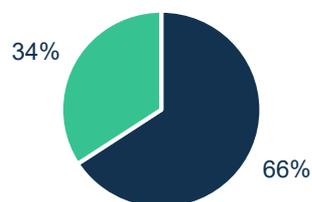
- 0-15 Mio. €
- 16-50 Mio. €
- 51-100 Mio. €
- 101-250 Mio. €
- 251-500 Mio. €
- 501 Mio. € - 2 Mrd. €
- >2 Mrd. €

Anzahl der Beschäftigten



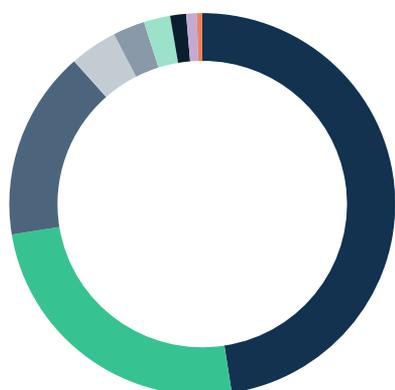
- 0-19
- 20-49
- 50-99
- 100-249
- 250-499
- 500-999
- ≥1000

Branchenzugehörigkeit



- Produzierendes Gewerbe
- Dienstleistungsbereich

Verteilung nach Bundesländern



- Baden-Württemberg (47,6%)
- Nordrhein-Westfalen (24,9%)
- Bayern (16%)
- Rheinland-Pfalz (4%)
- Niedersachsen (2,7%)
- Hessen (2,2%)
- Saarland (1,3%)
- Berlin (0,9%)
- Anderes Land (z.B. Schweiz, Österreich): (0,4%)

Quelle: LBBW Research

Ansprechpersonen Produkt- und Beratungslösungen

Corporate Finance Origination

+49 711 127-49379

- ABS
- Akquisitionsfinanzierungen
- Anleihen
- Eigenkapitalmaßnahmen
- Konsortialkredite
- Leasing Verbriefungen
- Schuldscheine
- Supply Chain Finance
- Term Securitisation

Corporate Finance Advisory

+49 711 127-49657

- M&A
- Equity Capital Markets
- Sustainability Advisory
- Financial Rating / UK Advisory
- Sektorexpertise

International Business

+49 6131 64-35830

- Trade and Export Finance
- Internationales Netzwerk

ZWRM

+49 711 127-75677

- Zins-
- Währungs- und
- Rohstoffmanagement

Cash-Management, Zahlungsverkehrslösungen

+49 711 127-46565

- SEPA
- AZV
- Cash-Management
- Karten
- Konten
- E-Commerce

SüdLeasing

+49 711 127-15152

- Mobilienleasing
- Vendorleasing
- Fördermittel
- Mietkauf

SüdFactoring

+49 711 127-78953

- Forderungsankauf
- Finanzierung
- Debitorenmanagement

Förderkreditgeschäft

+49 711 127-76308

- Finanzierung von Digitalisierung
- Innovation
- Green Finance

Vorsorge- und Pensionsmanagement

+49 711 127-42639

LBBW Pensionsmanagement GmbH

Liquiditäts- und Investmentmanagement (LIM) Corporates

+49 711 127-28516

Disclaimer

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

Mitteilung zum Urheberrecht: © 2014, Moody's Analytics, Inc., Lizenzgeber und Konzerngesellschaften ("Moody's"). Alle Rechte vorbehalten. Ratings und sonstige Informationen von Moody's ("Moody's-Informationen") sind Eigentum von Moody's und/oder dessen Lizenzgebern und urheberrechtlich oder durch sonstige geistige Eigentumsrechte geschützt. Der Vertriebshändler erhält die Moody's-Informationen von Moody's in Lizenz. Es ist niemandem gestattet, Moody's-Informationen ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Moody's ganz oder teilweise, in welcher Form oder Weise oder mit welchen Methoden auch immer, zu kopieren oder anderweitig zu reproduzieren, neu zu verpacken, weiterzuleiten, zu übertragen zu verbreiten, zu vertreiben oder weiterzuverkaufen oder zur späteren Nutzung für einen solchen Zweck zu speichern. Moody's® ist ein eingetragenes Warenzeichen.

Redaktion:

Landesbank Baden-Württemberg
Strategy Research
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart

